

**AUF DEN PUNKT
GEBRACHT.**

26. August 2020
15.2020

Die Aktionärsversammlung der Deutschen Post AG, zu der u.a. auch der Paketzusteller DHL gehört, beschließt am 27.8. über die Ausschüttung von **1,4 Milliarden Euro Dividende**. Am 28.8. starten die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten, die den Profit erarbeiten. Die Post machte in den letzten Jahren jeweils 6 Milliarden Euro Gewinn. Ver.di fordert eine Lohnsteigerung von 5,5% für 12 Monate. Brief- und Paketboten wurden während der Corona-Krise als systemrelevant gefeiert.

Seit Jahren erhöht die Post Arbeitspensum und Stress für die Beschäftigten und unterläuft die Tarifverträge durch Auslagerung von Tätigkeiten. Kundenbeschwerden bspw. bearbeiten Beschäftigte einer 100%-prozentigen Tochter der Deutschen Post AG für 9,45€ Stundenlohn; das Unternehmen verweigert einen Tarifvertrag. Um im Paketdienst die Kolleg*innen zu schlechteren Bedingungen einzustellen, gründete die Post 2015 die Firma DHL Delivery. Als sich die Beschäftigten gewerkschaftlich organisierten und mit ihren Betriebsräten Verbesserungen erkämpften, wurde Delivery 2019 wieder eingegliedert, um die Betriebsräte loszuwerden. Die Deutsche Post AG ließ 2019 für 2,3 Milliarden Euro Brief- und Paketsendungen durch nicht zum Konzern gehörende Subunternehmer zustellen.

Konkurrenz zu Lasten von Beschäftigten und Umwelt

Auch die Konkurrenten der Post machen Druck auf die Löhne. Bei ihnen sind Tarifverträge noch seltener. Pakete werden zum großen Teil durch Subunternehmer zugestellt. Die Arbeitsbedingungen und Löhne dort sind miserabel. Erst Ende 2019 wurde eine Nachunternehmerhaftung in der Paketbranche eingeführt, um wenigstens die Zahlung des Mindestlohns und der Sozialversicherungsbeiträge sicherzustellen. Lohndumping bleibt es weiterhin.

Jeden Tag fahren die verschiedenen Zusteller durch die Straßen: DHL, DPD, Amazon, UPS und viele andere. Ein sinnloses Nebeneinander der Dienst-

Deutsche Post: Gute Arbeit statt Schrumpfkur für Renditen!

leistungen, das auch dem Klima schadet: durch mehr Verkehr, mehr Abgase, Lärm und verstopfte Straßen.

Guter Service zu teuer für den Profit

Seit 2000 wurden 30 000 Briefkästen abmontiert und 900 Postfilialen geschlossen, Briefkästen werden seltener geleert. Die Anzahl der Beschwerden wegen abhanden gekommener oder verspäteter Briefe und Päckchen steigt. Regelmäßig berichten Medien über im Wald abgeworfene, teilweise geöffnete Postsendungen. Das Briefporto wurde innerhalb weniger Jahre von 55 Cent auf 80 Cent erhöht. Nun will die Post montags nicht mehr ausliefern, da sich das „nicht rentiert“. Ob Menschen dringende Sendungen erwarten oder ihr Krankenschein rechtzeitig bei der Arbeit eingehen muss, spielt für das Unternehmen keine Rolle.

Großzügige Gehälter für Vorstände und Aufsichtsrat

Vorstandsvorsitzender Frank Appel bezog 2019 von der Post ein Gehalt von knapp 4 Mio.€, obendrauf Aktienoptionen im Wert von 10 Mio.€ sowie eine Pensionszusage von insgesamt 20 Mio.€. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates Nikolaus von Bomhard verdiente 2019 bei der Post 332.000€, obwohl er gleichzeitig noch Aufsichtsratsvorsitzender bei der Münchner Rück und Vorstandsvorsitzender einer Holding auf den Bermuda-Inseln ist, und dafür sicher ebenfalls sehr gut bezahlt wird. Aufsichtsratsmitglied Stefan Schulte verdiente bei der Post 2019 151.000€. Er ist im Hauptberuf Vorstandsvorsitzender von Fraport und da sicher voll ausgelastet, immerhin verdient er dort weitere zweieinhalb Millionen Euro im Jahr.

Die ehemalige Postbehörde wurde 1995 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und 2000 an die Börse gebracht. **20,5% der Deutschen Post AG gehören weiterhin dem Staat** über die Kreditanstalt für Wiederaufbau.

■ **Die Regierung muss ihren Unternehmens-Anteil nutzen, um für gute**

Arbeitsbedingungen zu sorgen: Es kann nicht sein, dass die Regierung sich rauhält, wie in ihren Unternehmen das Management mit den Beschäftigten umgeht. Wenn die Vertreter der Regierung im Aufsichtsrat mit den Beschäftigten stimmen, dann haben sie immer eine Mehrheit und können die Interessen der Beschäftigten gegen die privaten Eigentümer durchsetzen.

■ **Öffentliche Dienstleistungen gehören in öffentliche Hand:** Nur ein Betrieb unter öffentlicher Kontrolle sichert die verlässliche Zustellung sowie gute Arbeitsbedingungen und anständige Bezahlung für die Beschäftigten.

■ **Tarifverträge müssen auch bei Auslagerung von Tätigkeiten vollständig weitergelten**, auch für Neueingestellte.

■ **Tarifverträge müssen auf Antrag der Gewerkschaft für allgemeinverbindlich erklärt werden**, damit eine Konkurrenz von Unternehmen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgegtragen wird.

Ich möchte weitere Informationen

- Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.
- Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz

DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de, kontakt@die-linke.de

DIE LINKE.